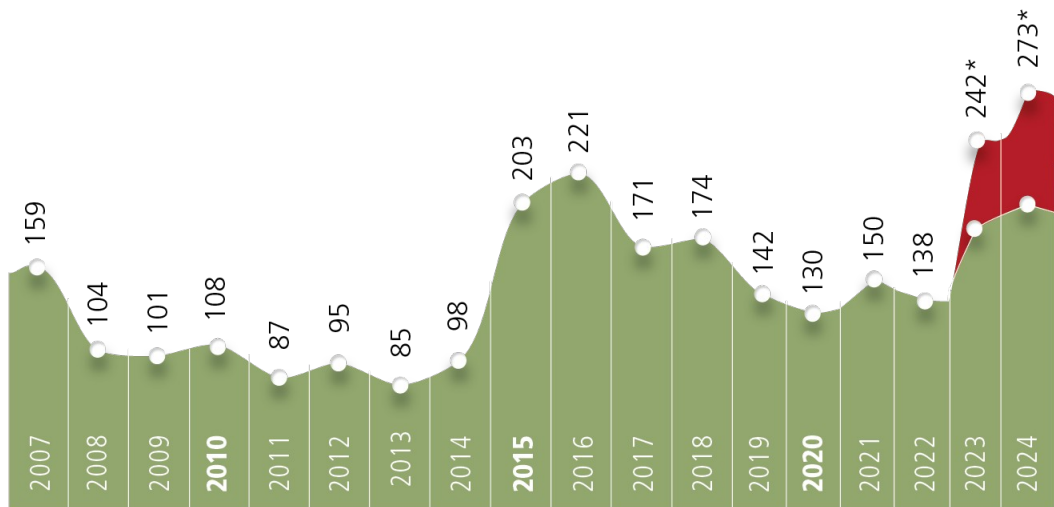


Politische Gegner:innen im Visier: Rechte Gewalt in Brandenburg erreicht erneut Höchstwerte

Rechte Gewalt erreicht Extremwerte von 2015 +++ Alarmierender Höchststand bei Angriffen auf politische Gegner:innen +++ Attacken gegen Frauen und Mädchen steigen sprunghaft +++ Extrem rechte Jugendszene entwickelt sich bedrohlich

Die Opferperspektive verzeichnet für das Jahr 2024 einen erneuten **Anstieg rechter Gewalttaten** im Land Brandenburg. Damit ist ein Ausmaß erreicht, das den Extremwerten aus dem Jahr 2015 entspricht. Für 2024 wurden **273 rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten erfasst. Rassismus bleibt dabei das häufigste Tatmotiv** mit 130 erfassten Übergriffen. Alarmierend ist die drastische Zunahme von Angriffen auf politische Gegner:innen: Im Vergleich zum Vorjahr hat sich diese Zahl nahezu verdoppelt. Mit 66 Attacken wurde der bislang höchste Wert für diese Tatmotivation erreicht. Auch die **Gewalt gegen Mädchen und Frauen** ist 2024 sprunghaft auf insgesamt 85 Angriffe angestiegen. Gleichzeitig zeigt sich eine besorgniserregende Entwicklung innerhalb der rechten Szene: Immer häufiger gehen die Taten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus. Nach Einschätzung der Opferperspektive verfestigt sich in Brandenburg eine **neue, subkulturell geprägte rechte Jugendkultur mit hohem Gewaltpotenzial**.



* inkl. neuer Erfassungskriterien

Abbildung 1: Rechte Gewalttaten seit 2007 im Verlauf

Zudem haben sich bereits 2023 beobachtete Trends weiter fortgesetzt. Dazu zählen ein **anhaltend hohes Gewaltniveau** sowie eine Vielzahl von Körperverletzungsdelikten und von Taten mit einer hohen Gewaltintensität. Gleichzeitig verschärfte sich die Mobilisierung rechter Akteur:innen gegen die LGBTIQ*-Community und von ihr organisierte Veranstaltungen. Auch **Kinder sind weiterhin häufig von rechten Angriffen betroffen**.

Die Opferperspektive bewertet die deutliche Zunahme rechtsmotivierter Gewalttaten als Ausdruck eines sich ausweitenden **Dominanzanspruchs von extrem rechten Personen**, die keinen Widerspruch mehr dulden.

Allgemeine Einschätzung

Rechte Gewalt hat erschreckende Ausmaße angenommen. Die Anzahl der Übergriffe hat das **Niveau der Extremwerte des Jahres 2015 erreicht**.¹ Dies führt zu einer **verschärften Bedrohungslage** in weiten Teilen des Landes für unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen und die Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechts engagiert. Verstärkt wird das Gefühl der Bedrohung durch migrationsfeindliche Debatten, in denen es der extrem rechten AfD gelungen ist, Inhalte und Stimmung bis in die Mitte der Gesellschaft hinein zu prägen. Diese tiefgreifende Verschiebung lässt insbesondere bei den von rassistischer Gewalt Betroffenen den berechtigten Eindruck entstehen, dass Gewalt gegen sie Akzeptanz und Zustimmung erfährt. Solidarische Strukturen der Zivilgesellschaft sind damit konfrontiert, dass ihre Arbeit und Existenz grundsätzlich in Frage gestellt werden. Menschenrechtsorientierte Politik und Standpunkte befinden sich dadurch in der Defensive. Insbesondere im Austausch mit lokalen Initiativen und Bündnissen zeigt sich, wie drastisch sich die Situation in Brandenburg verschlechtert hat: Aktive berichten von Bedrohungsszenarien, durch die sie enormem Druck ausgesetzt sind und vor der Frage stehen, ob sie überhaupt noch öffentlich Position gegen Rechts beziehen (können).

Die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen im Jahr 2024 haben die gesellschaftliche Polarisierung weiter verschärft. Der Wahlkampf war von einer **zunehmenden Zuspitzung politischer Auseinandersetzungen** geprägt. Dies führte zu einer spürbaren **Senkung der Hemmschwelle** für rechte Gewalttäter:innen. Die Normalisierung migrationsfeindlicher und rassistischer Diskurse war verbunden mit einer Normalisierung rassistischer Gewalt. Insbesondere bei rassistisch motivierten Taten nahmen Angreifer:innen bei tatbegleitenden Äußerungen wiederholt Bezug auf eine vermeintlich bevorstehende Machtübernahme der extrem rechten AfD.

Mitte Februar griff eine erwachsene Frau in Cottbus-Sachsendorf ein 9-jähriges Kind aus rassistischen Motiven an, beleidigte es, forderte es auf, das Land zu verlassen, und sagte ihm unter Kraftausdrücken, dass sich die AfD um es „kümmern“ werde.

Bereits im Kontext der Landtagswahl in Brandenburg warnte die Opferperspektive vor einer **Ausweitung der Gefahrenzonen** für potentiell Betroffene von rechter Gewalt. Diese Entwicklung setzt sich weiterhin fort. Damit verbunden ist auch der Verlust von Schutzräumen und Orten, an denen sich die entsprechenden Personengruppen sicher bewegen können. Insbesondere gilt dies für Betroffene von rassistischer Gewalt, aber auch für queere Personen, Aktive der Zivilgesellschaft und junge linke Aktivist:innen.

Ausdruck dessen ist eine **erneut gestiegene Anzahl von rechten Bedrohungs- und Nötigungsdelikten** (2024: 116; 2023: 98). Diese Taten verfolgen das Ziel, die demokratische Zivilgesellschaft einzuschüchtern und sie in ihrem Handlungsspielraum einzuschränken. Häufig genügt bereits die Androhung von Gewalt, um Dominanz in einem Sozialraum auszuüben. Dabei wird auch die historische Erfahrung der Gewalt der 1990er Jahre abgerufen, die viele Aktive der Brandenburger Zivilgesellschaft miterlebt haben. Dementsprechend erfordert es gerade besonderen Mut, sich in Brandenburg weiterhin aktiv gegen Rechts zu positionieren. Genau dies aber ist unerlässlich, um die Wirksamkeit rechter Drohszenarien zu begrenzen und rechte Dominanz zu brechen.

¹ Seit der Statistik für das Jahr 2023 hat die Beratungsstelle die Erfassungskriterien für Bedrohungs- und Nötigungsdelikte angepasst (siehe beigefügte Erläuterung). Für 2024 wären nach alter Zählweise 202 rechte Angriffe in der Statistik erfasst worden. Im Jahr 2015 wurden 203 rechte Angriffe gezählt, im Jahr 2016 waren es 221.

Tatmotivationen

Wie seit 2009 kontinuierlich festgestellt, blieb auch in diesem Jahr **Rassismus** das häufigste Tatmotiv rechter Gewalttäter:innen in Brandenburg. 2024 wurden durch die Opferperspektive **130 rassistische Übergriffe** erfasst (2023: 146).

Um nahezu 75 % angestiegen ist im Jahr 2024 die Anzahl von **Angriffen auf politische Gegner:innen**. Mit 66 Übergriffen wurde hier mit deutlichem Abstand die höchste jemals in einem Kalenderjahr in Brandenburg erfasste Anzahl erreicht (2023: 38). 16 dieser Attacken richteten sich gegen politische Verantwortungsträger:innen und Wahlkämpfer:innen und 2 gegen Journalist:innen.

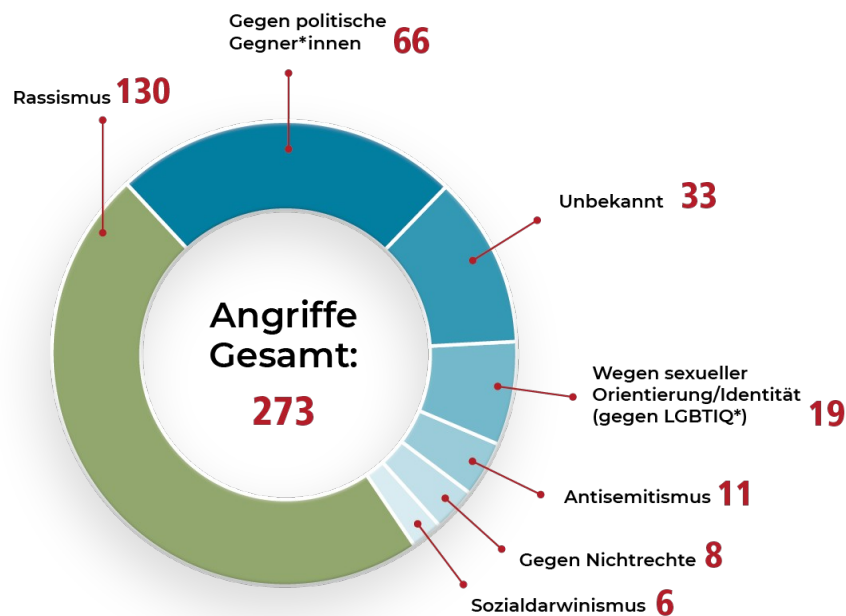


Abbildung 2: Rechte Angriffe 2024 nach Tatmotivation

Einen deutlichen Anstieg verzeichnete die Opferperspektive auch bei **antisemitischen Gewalttaten** (2024: 11; 2023: 3).² Dazu zählten sowohl Angriffe auf Personen, weil sie im öffentlichen Raum für die Angreifer:innen als jüdisch erkennbar waren, als auch Bedrohungen und Gewalttaten, bei denen die Betroffenen mit antisemitischen Beschimpfungen abgewertet wurden, ohne dass sie selbst jüdisch sind. Die ausgebaute Kooperation mit der Fachstelle Antisemitismus der KlGA e.V. führte in diesem Jahr zu einer besseren Datenlage bei der Opferperspektive. Zugenommen haben zudem **LGBTIQ*-feindliche Gewalttaten** (2024: 19; 2023: 10) und Angriffe auf nicht-rechte Personen (2024: 8; 2023: 5).

Die Zahl erfasster **sozialdarwinistischer Gewaltdelikte** ist genauso hoch wie im Vorjahr (jeweils 6 Angriffe).³

² Sowohl bei LGBTIQ*-feindlichen Taten als auch bei antisemitischen Angriffen erfasst die Opferperspektive auch Vorfälle, die von der Polizei zwar als politisch motiviert gewertet, aber nicht im Themenfeld „rechts“ klassifiziert werden – etwa Angriffe, bei denen die Strafverfolgungsbehörden den Täter:innen eine religiöse Motivation für ihr Handeln zuschreiben oder bei der Tatmotivation die Zuordnung „sonstige“ verwenden.

Ausschlaggebend für die Opferperspektive sind die antisemitische bzw. LGBTIQ*-feindliche Tatmotivation sowie die Wahrnehmung der Betroffenen. Für das Jahr 2024 betrifft dies 5 antisemitische Vorfälle und 2 LGBTIQ*-feindliche Taten.

Hinzu kommt eine Reihe von rechten Gewalttaten, bei denen der Opferperspektive das genaue Motiv der Täter:innen nicht bekannt wurde (2024: 33; 2023: 34). Bei diesen Fällen handelt es sich ausschließlich um Bedrohungs- und Nötigungsdelikte, die von der Polizei als Politisch motivierte Kriminalität – rechts (PMK-rechts⁴) eingestuft wurden, bei denen die Opferperspektive aber über kein weiteres Datenmaterial verfügt und es nicht gelungen ist, direkten Kontakt zu den Betroffenen herzustellen.

Tatbestände

Wie auch in den Vorjahren stellen **Körperverletzungsdelikte die am häufigsten erfassten Straftatbestände** bei rechten Gewalttaten in Brandenburg dar. Die Opferperspektive registrierte 75 einfache (2023: 74) und 66 gefährliche Körperverletzungen (2023: 60) und damit einen weiteren Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Darunter waren auch in diesem Jahr wieder Fälle mit gravierender Gewalteinwirkung und entsprechenden Tatfolgen.

Im Landkreis Oberhavel wurde im Dezember ein 13-jähriger Schüler aus rassistischen Motiven auf dem Nachhauseweg von mehreren jugendlichen Rechten angegriffen, geschlagen, getreten und schwer verletzt. Bereits in den Monaten zuvor hatte ihn dieselbe Tätergruppe wiederholt rassistisch beleidigt. Bei dem Angriff erlitt das Kind Hirnblutungen und leidet nun unter Lähmungserscheinungen in Armen und Beinen, die bis heute fortbestehen.

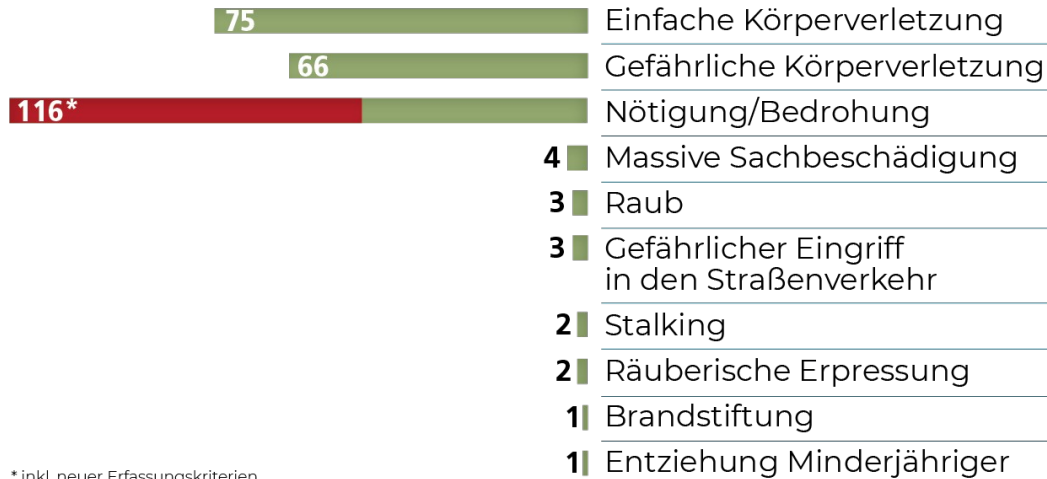


Abbildung 3: Rechte Angriffe 2024 nach Tatbeständen

- 3 Die Besonderheit in diesem Jahr liegt darin, dass sämtliche unter dieser Tatmotivation registrierten Übergriffe in einem einzigen, über viele Monate andauernden Tatkomplex in Templin verübt wurden.
- 4 Als PMK-rechts zählt eine Tat, „wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie sich gegen eine Person wegen ihrer/ihrer zugeschriebenen oder tatsächlichen politischen Haltung, Einstellung und/oder Engagements, Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung, sozialen Status physischen und/oder psychischen Behinderung oder Beeinträchtigung, sexuellen Orientierung und/oder sexuellen Identität oder äußeren Erscheinungsbildes, gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.“ (Bundesministerium des Inneren/Bundesministerium der Justiz [Hrsg.]: Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität, Berlin 2016.)

Auch die **Anzahl der Bedrohungen und Nötigungen stieg erneut** – von 98 in 2023 auf 116 Taten in 2024. Hier reichte die Bandbreite von Gewaltandrohungen gegen Wahlkampfhelfer:innen beim Aufhängen von Parteiplakaten über Graffiti mit Mordaufrufen gegen junge Aktivist:innen bis hin zu rassistisch motivierten und über Monate anhaltenden Todesdrohungen gegen geflüchtete Familien in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld.

Weiterhin erfasste die Opferperspektive 4 Fälle massiver Sachbeschädigung (2023: 2) und eine Brandstiftung (2023: 2), die sich gegen politische Gegner:innen richtete. Darüber hinaus erlangte die Opferperspektive Kenntnis von 3 Raubdelikten (2023: 4), bei denen ebenfalls politische Gegner:innen das Ziel der Angreifenden waren. Hinzu kommen 3 Fälle von gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr (2023: 1), 2 Fälle von räuberischer Erpressung und 2 Fälle von Stalking. Zudem erfasste die Opferperspektive eine versuchte Entziehung Minderjähriger mit rassistischer Tatmotivation: Hierbei klingelten Rassist:innen bei einer Schwarzen Frau, gaben sich als Mitarbeiter:innen des Jugendamtes aus und wollten die Tochter der Frau mitnehmen. Die letzten drei Tatbestände sind erstmalig in der Statistik der Opferperspektive zu finden.

Regionale Verteilung

Der **Anstieg rechter Gewalt setzt sich 2024 in der Mehrzahl der Landkreise und kreisfreien Städte fort**. Dabei lässt sich kein klarer regionaler Trend ausmachen.

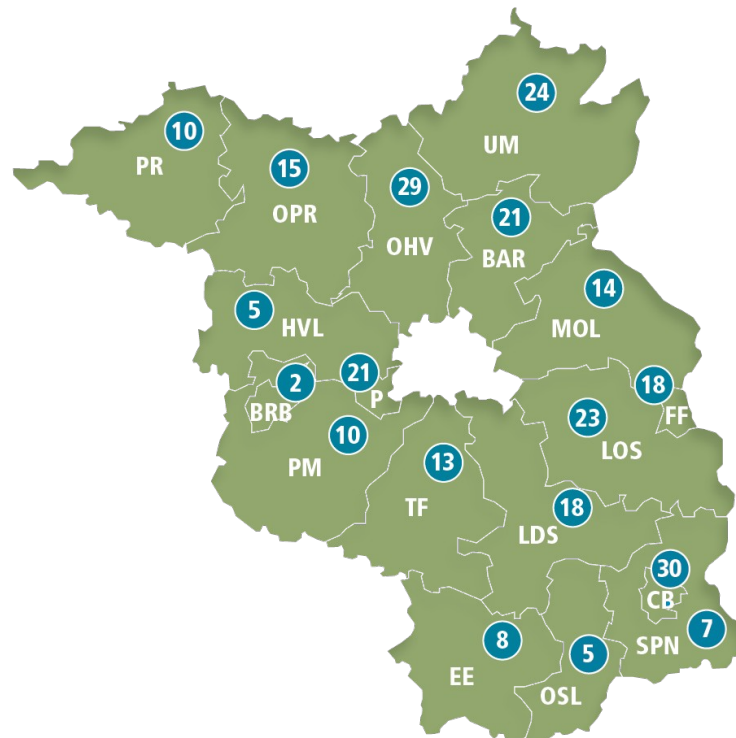


Abbildung 4: Verteilung rechter Angriffe nach Landkreisen/kreisfreien Städten 2024

Während im südlichen Brandenburg die Zahl rechter Attacken in Cottbus deutlich stieg (von 19 auf 30), ging sie in den benachbarten Landkreisen Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz leicht zurück (SPN 2024: 7; 2023: 8, OSL 2024: 5; 2023: 6).

Ähnlich verhält es sich im nordwestlichen Brandenburg. In Oberhavel stieg die Zahl der Angriffe von 25 auf 29, im Havelland (2024: 5; 2023: 9) und in Ostprignitz-Ruppin (2024: 15; 2023: 19) ging die Anzahl zurück. In der Prignitz hingegen war ein leichter Anstieg zu verzeichnen (2024: 10; 2023: 7).

Im Osten des Landes wurde im Landkreis Oder-Spree eine ungewöhnlich hohe Zahl rechter Attacken erfasst (2024: 23; 2023: 12), im angrenzenden Märkisch-Oderland jedoch ein vergleichsweise klarer Rückgang festgestellt (2024: 14; 2023: 22).

In weiteren Landkreisen manifestierte sich 2024 weiterhin ein hohes rechtes Gewaltniveau, etwa in der Uckermark (2024: 24; 2023: 21), im Barnim (2024: 21; 2023: 16) und in Frankfurt (Oder) (2024: 18; 2023: 16). In der Landeshauptstadt Potsdam kam es nahezu zu einer Verdopplung der Angriffe von 11 im Jahr 2023 auf 21 im Jahr 2024. In Dahme-Spreewald, einem der Angriffsschwerpunkte des Jahres 2023, war ein rückläufiger Trend von 24 auf 18 rechte Attacken zu verzeichnen. Im benachbarten Teltow-Fläming gab es einen leichten Anstieg von 11 auf 13 Angriffe.

In den restlichen Landkreisen sind nur kleinere Schwankungen zu verzeichnen, etwa in Elbe-Elster (2024: 8; 2023: 5) und Brandenburg/Havel (2024: 2; 2023: 1). In Potsdam-Mittelmark wurden in den Jahren 2023 und 2024 genau gleich viele rechte Gewalttaten verübt (10).

Tatbetroffene

Die Opferperspektive geht für das Jahr 2024 von **mindestens 416 Personen** aus, die unmittelbar von rechter Gewalt betroffen waren (2023: 390). Dazu zählten **189 männliche (2023: 170) und 121 weibliche (2023: 82) Personen**. Hinzu kamen mehrere geschlechtsspezifische Angriffe auf nicht-binäre Personen und Menschen mit dem Geschlechtseintrag „divers“.⁵ Die Differenz zur Gesamtzahl von 416 betroffenen Personen ergibt sich aus den von staatlichen Quellen übernommenen Fallmeldungen, bei denen keine Betroffenenendaten übermittelt wurden.

Insbesondere die Zahl von Angriffen auf Mädchen und Frauen ist 2024 sprunghaft gestiegen. Insgesamt waren **durch 85 Attacken mindestens 121 Mädchen und Frauen betroffen**. Mehr als die Hälfte dieser Gewalttaten war rassistisch motiviert (44). Hinzu kommt ein substantieller Anteil von Angriffen gegen politische Gegnerinnen (30).

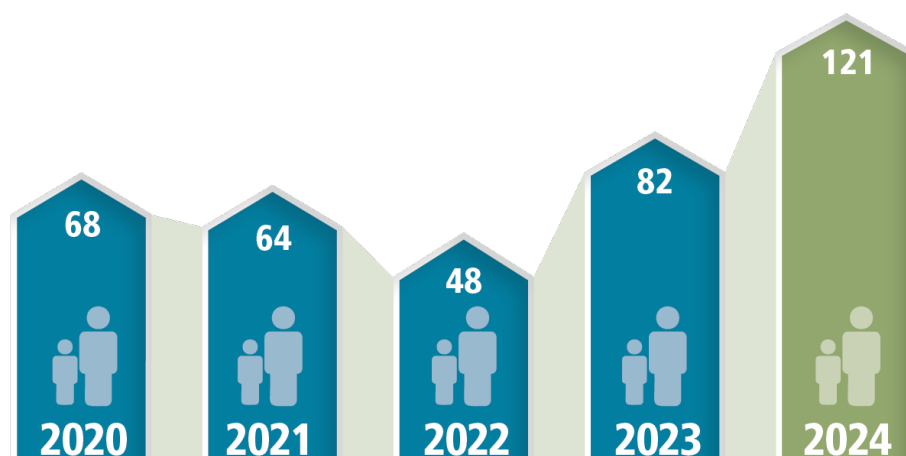


Abbildung 5: Tatbetroffene Mädchen/Frauen seit 2020 im Verlauf

⁵ Die Daten der Statistik erfassen Geschlechtervielfalt nur unzureichend, insbesondere die von der Polizei erhobenen Daten unterscheiden nur zwischen den Kategorien m/w/d. Es kann zu falschen Zuschreibungen kommen.

Die Zahl der angegriffenen Erwachsenen stieg im Jahr 2024 von 196 auf 242, die Zahl der angegriffenen Kinder blieb auf hohem Niveau nahezu gleich (2024: 42, 2023: 45).

Die Zahl der rechten Übergriffe mit jugendlichen Betroffenen ist von 32 im Jahr 2023 auf 40 im Jahr 2024 gestiegen. Gleichzeitig sank jedoch die Gesamtzahl der jugendlichen Tatbetroffenen von 88 auf 53. Der Rückgang erklärt sich dadurch, dass 2023 bei Angriffen auf Gruppen von Schüler:innen in Heidesee und Frankfurt (Oder) jeweils eine große Anzahl Betroffener registriert wurde. Von vergleichbaren Angriffen erfuhr die Opferperspektive im Jahr 2024 nicht.

Der Großteil der Attacken auf Kinder war rassistisch motiviert. Häufig handelte es sich dabei um Gewalttaten, bei denen die Angreifer:innen ganze Familien drangsalierten und körperlich attackierten, sei es in der Nachbarschaft, im Treppenhaus oder im Supermarkt.

Im Landkreis Teltow-Fläming wurde im September eine Frau von ihrer Nachbarin rassistisch beleidigt. Die Nachbarin versuchte, ihr das Handy zu entreißen, während die Betroffene ihr 10 Monate altes Baby auf dem Arm trug.

Gewalt im „Superwahljahr“

Der politische und öffentliche Raum war 2024 durch die Wahlkämpfe zur Kommunal-, Europa- und Landtagswahl geprägt. Wie zuvor durch die Opferperspektive prognostiziert, ging die politische Auseinandersetzung mit rechten Gewalttaten einher.

Beeinflusst wurde diese Entwicklung bereits zu Jahresbeginn durch die Proteste von Landwirt:innen gegen die Bundesregierung. Zwar sind die sogenannten „Bauern-Proteste“ als solche nicht als „rechts“ einzuordnen. Allerdings etablierte sich in diesem Zusammenhang eine aggressive Grundstimmung gegenüber politischen Verantwortungsträger:innen demokratischer Parteien, die auch die gesellschaftliche Mitte jenseits rechter Strömungen erfasste. Dies fand seinen Ausdruck etwa darin, dass bei den Protesten Mitgliedern der Bundesregierung symbolisch mit dem Galgen gedroht wurde oder dass Protestierende Bezug auf die rechtsterroristische Landvolkbewegung nahmen und teils massive Straftaten verübten – z. B. bei der Blockade der B5 bei Wustermark Anfang März, bei der mehrere Autofahrer:innen verunglückten. Extrem rechte Parteien und Organisationen versuchten, die Protestierenden für ihre Deutung der Konfliktlage zu gewinnen und an die Proteste anzudocken. So ist es nicht überraschend, dass der Opferperspektive bereits im ersten Quartal 2024 eine Reihe von rechtsmotivierten Drohungen, Sachbeschädigungen, Beleidigungen und volksverhetzenden Äußerungen unterhalb der Gewaltschwelle gemeldet wurde.

Im Frühjahr kam es zu ersten Übergriffen im Kontext des Wahlkampfes.

Als ein Kommunalpolitiker der Partei „Die Linke“ im April am zentralen Marktplatz in Schöneiche bei Berlin Wahlplakate anbrachte, wurde er von einer großen Gruppe Jugendlicher und junger Männer bedroht, beschimpft und unter „White Power“-Rufen durch den Ort gejagt, zu Boden getreten und verletzt. Die jungen Rechten griffen zudem seinen Begleiter körperlich an, der ebenfalls für die Kommunalwahl kandidierte.

Hier zeigte sich nicht nur die hohe Gewaltbereitschaft der rechten Szene, sondern auch die zunehmende Verwurzelung rechter Einstellungen bei augenscheinlich jungen Täter:innen. Die Wahrnehmung von Betroffenen in diesem und anderen Fällen deckt sich mit der Einschätzung

der Opferperspektive und weiterer Expert:innen, dass sich eine rechte Jugendkultur in Brandenburg zunehmend etabliert hat.

Auch über den Sommer hinweg kam es kontinuierlich zu Übergriffen auf Politiker:innen und Mandatsträger:innen. 2024 verzeichnete die Opferperspektive insgesamt 16 Übergriffe gegen politische Verantwortungsträger:innen (2023: 6).

Ende Juli wurde eine Kandidatin der CDU in Cottbus-Ströbitz beim Plakatieren von einer Angreiferin rassistisch beleidigt und geschlagen.

Im August wurden in Hohen Neuendorf Unterstützer:innen der Grünen beim Flyerverteilen unvermittelt geschlagen und getreten.

Im September wurde am selben Ort ein Mitglied der Fraktion „Die Linke & Stadtverein Hohen Neuendorf“ von einem Mann aus rechten Motiven zu Boden geschubst und verletzt. In Oranienburg wurde eine Frau von ihrem Fahrrad gerissen und getreten, während sie am Boden lag, weil sie den Angreifer zuvor auf das Beschädigen eines Wahlplakates der Grünen angesprochen hatte.

Im September, dem Monat der Landtagswahl, wurden durch die Opferperspektive insgesamt 37 rechte Angriffe erfasst. Damit sticht dieser Monat aus dem Jahresverlauf deutlich heraus. Insbesondere im Landkreis Oberhavel waren Wahlkämpfer:innen demokratischer Parteien rechter Gewalt ausgesetzt.

Mit solchen Angriffen zielen die Täter:innen darauf ab, politisch engagierte Mitglieder demokratischer Parteien zum Rückzug zu bewegen. Im Gespräch mit der Opferperspektive beschrieben Betroffene einen Vertrauensverlust – nicht nur in Bezug auf das demokratische Miteinander in der Lokalgesellschaft, sondern auch im Hinblick auf die Zukunft der Demokratie in Brandenburg insgesamt.

Politische Gegner:innen als Feindbild

Rechtsmotivierte Angriffe auf politische Verantwortungsträger:innen waren 2024 nur eine Teilmenge der Angriffe auf politische Gegner:innen. Noch häufiger trafen solche Gewalttaten oftmals junge Personen, die sich antifaschistisch oder in Initiativen (von der Bürger:inneninitiative bis zur schulischen Arbeitsgruppe) für eine solidarische Gesellschaft einsetzen.

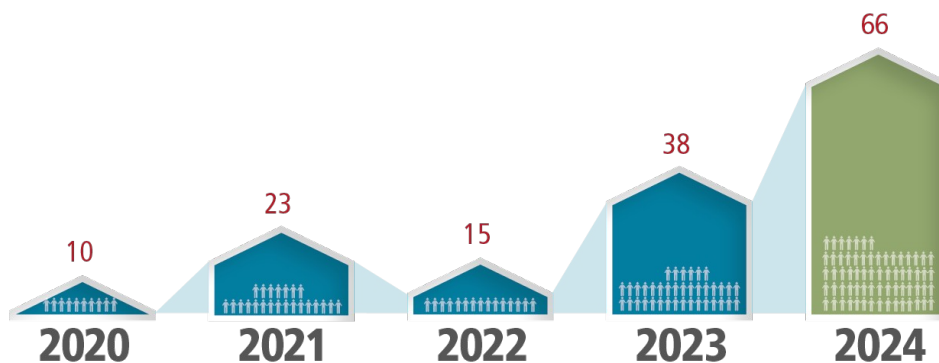


Abbildung 6: Angriffe auf politische Gegner:innen seit 2020 im Verlauf

Anfang 2024 wurde durch die Rechercheplattform Correctiv das Treffen von Politiker:innen der extrem rechten AfD mit weiteren Akteur:innen der extremen Rechten in Potsdam bekannt, bei dem die Anwesenden Pläne zur Deportation von Migrant:innen diskutierten. Aus Protest gingen viele Brandenburger:innen für die Demokratie auf die Straße, viele von ihnen zum ersten Mal. Bereits zu diesem Zeitpunkt zeigte sich die verfestigte Gewaltbereitschaft der rechten Szene. Mehrfach kam es zu Drohungen und körperlichen Übergriffen auf Demonstrationsteilnehmer:innen und -organisator:innen. Während die Demonstrationen selbst großen Zuspruch erfuhren, machten die Engagierten der Zivilgesellschaft die Erfahrung, dass ihre Positionen und Forderungen im politischen Raum kaum Widerhall fanden. Dementsprechend waren die Aktiven einerseits Anfeindungen und Übergriffen durch die extreme Rechte ausgesetzt und fühlten sich andererseits von der Bundes- und Landespolitik alleine gelassen.

Dabei glichen sich die Szenarien im gesamten Land Brandenburg: Die Betroffenen wurden im öffentlichen Raum bedroht und auf Grund ihres Engagements oder auch nur ihrer Kleidung beleidigt. Drohungen wurden als Graffiti an Hauswände gesprüht. Zivilgesellschaftlich Engagierte berichteten von Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen, bei denen verummte Personen Betroffene zu Hause „aufsuchten“. In vielen Fällen kam es zu körperlicher Gewalt. In fast der Hälfte der 2024 durch die Opferperspektive erfassten Taten konnten die Angreifenden dem organisierten rechten Spektrum zugeordnet werden.

Mit solchen Taten sollen die Betroffenen eingeschüchert und dazu gebracht werden, ihr Engagement einzustellen. Die Botschaft der Tat sorgt auch im breiteren sozialen Umfeld für Verunsicherung. Den Angegriffenen soll vermittelt werden, dass ihre Namen und Gesichter unter den organisierten Rechten bekannt sind. Während bspw. alternative und queere Jugendliche so die Möglichkeit verlieren, sich mit Selbstverständlichkeit in ihrem Sozialraum zu bewegen und dort in Sicherheit zu sein, treten rechte Jugendliche selbstbewusster und wahrnehmbar öffentlich auf.

Zugleich schilderten Betroffene eine um sich greifende Verunsicherung, nicht nur, weil Bedrohungen und Pöbeleien spürbar zunahmen, sondern auch weil sich die Angreifenden nicht mehr nur einem klar als rechts erkennbaren Spektrum zuordnen ließen. So kam es zu Sachbeschädigungen und Böllerwürfen gegen als „progressiv“ bekannte Orte und Veranstaltungsräume, Besucher:innen wurden in der Nähe dieser Orte körperlich angegriffen – ohne eindeutig rechte Parolen oder entsprechende Beleidigungen. Diese Fälle finden zwar keinen Eingang in das Monitoring der Opferperspektive, sie verstärken aber bei Betroffenen und ihrem Umfeld den Eindruck, dass die über Jahre erarbeitete und erkämpfte gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensentwürfe und Rückzugsräume in Brandenburg zunehmend bedroht ist.

Etablierung einer extrem rechten Jugendszene

Getrieben wird diese Entwicklung durch die Etablierung einer neuen, subkulturell geprägten rechten Jugendkultur. Rechte Jugendliche, teilweise in Bomberjacken und mit Glatzen, in ihrem Erscheinungsbild an die Nazi-Skinhead-Kultur der 1990er Jahre angelehnt, gehören vielerorts in Brandenburg wieder zum Stadtbild. Bei den 2024 von der Opferperspektive registrierten Gewalttaten ist, soweit Erkenntnisse zu den Täter:innen vorliegen, eine Häufung von Angreifer:innen im Jugend- und Heranwachsendenalter auffällig.

Im Dezember passten junge Neonazis in Wittstock zwei Jugendliche auf dem Nachhauseweg von einer Weihnachtsfeier im Jugendclub ab, sprachen sie erst mit Drohungen an und schlugen sie dann nieder. Auch als die Betroffenen am Boden lagen, schlugen die Neonazis weiter auf sie ein.

Im selben Monat schlugen mehrere junge Neonazis einen Studenten vor einem linken Wohnprojekt in Cottbus ins Gesicht und verletzten ihn, nachdem sie ihn dabei beobachtet hatten, wie er einen rechten Sticker von der Haustür entfernte.

Bei den jungen Rechten verlaufen Organisations- und Radikalisierungsprozesse in einem hohen Tempo. Seit dem Sommer etablierten sich im Jahr 2024 diverse rechte Cliques in unterschiedlichsten Orten, die ihre Einstellungen lautstark zu Wort brachten. Ausdruck fand dies unter anderem im vielerorts gemeldeten Singen des Party-Hits „L'amour toujours“, zu dem ungehemmt rassistische und volksverhetzende Parolen gegrölt wurden, etwa auf Veranstaltungen oder gar auf Schulhöfen. Bei Widerspruch wurde Gewalt teils unvermittelt und massiv angewendet.

Auf einem Feuerwehrfest in Potsdam-Golm Ende August schüttelte ein Festbesucher den Kopf, weil eine Gruppe Jugendlicher das Lied „L'amour toujours“ mit den entsprechenden menschenverachtenden Textzeilen sang. Er wurde daraufhin als „Zecke“ bezeichnet und körperlich angegriffen. Ein Freund des Betroffenen, der versuchte, ihn zu schützen, wurde bewusstlos geschlagen. Auch als er bereits am Boden lag, schlugen die rechten Jugendlichen weiter auf ihn ein. Das Selbstbewusstsein der Angreifer ging so weit, dass sie sich anschließend nicht einmal vom Tatort entfernten und deshalb noch vor Ort von der später eintreffenden Polizei gestellt werden konnten.

Wie für Jugendkulturen üblich, handeln junge Neonazis aktions- und erlebnisorientiert. Sie besuchen Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen der extrem rechten AfD und sorgen auf der anderen Seite für eine Drohkulisse, indem sie bei zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen vom Rand her pöbeln oder Teilnehmende bedrohen. Dies ließ sich 2024 beobachten und setzt sich auch im Jahr 2025 fort.

Sozialarbeiter:innen in verschiedenen Orten beschreiben der Opferperspektive, dass manche der jungen Rechten erst neuerdings mit rechten Einstellungen auffallen und zuvor beispielsweise noch ihren Jugendclub besuchten. Hinzu kommen allerdings auch Jugendliche, deren Eltern (meist Väter) bereits in den 1990er Jahren als rechte Gewalttäter:innen bekannt wurden. So ist es mitunter nicht nur das Auftreten der rechten Jugendlichen selbst, das Angst bei Gleichaltrigen auslöst, sondern auch das Wissen um die Brutalität und potentielle Gefährlichkeit der Eltern.

Rassistische Gewalt und schlechtere Lebensverhältnisse von Geflüchteten

Rassismus stellt weiterhin das häufigste Tatmotiv für rechte Angriffe im Land Brandenburg dar. Im Vergleich zum Vorjahr registrierte die Opferperspektive 2024 mit 130 Fällen einen leichten Rückgang der rassistisch motivierten Angriffe (2023: 146). Ausschlaggebend dafür war möglicherweise, dass sich die Schwerpunkte rechtsradikaler Mobilisierungen verschoben haben. Erfahrungsgemäß geht mit rechten Mobilisierungen auf der Straße häufig ein Anstieg von Gewaltfällen einher.

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren richteten sich organisierte Aktionen der extremen Rechten in Brandenburg im Jahr 2024 häufiger gegen politische Gegner:innen und gegen politisch Verantwortliche als gegen die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten. Allerdings stieg 2024 die Anzahl rassistisch motivierter Angriffe auf Frauen und Mädchen; die Mehrzahl davon ereignete sich im unmittelbaren Wohnumfeld.

In einer Kleinstadt in Brandenburg ist eine Familie mit zwei kleinen Kindern seit inzwischen fast 3 Jahren regelmäßig dem Terror eines Nachbarn ausgesetzt. Immer wieder polterte dieser nachts gegen Wände und Türen, drehte laute Musik auf oder erfand selbst Gesänge, in denen er der Familie den Tod wünschte. Die Kinder sind verängstigt, der Gesundheitszustand eines Elternteils hat sich aufgrund der enormen psychischen Belastung erheblich verschlechtert. Groß ist die Sorge, der Nachbar könnte irgendwann zur Tat schreiten und den Kindern oder Eltern etwas antun. Seit Monaten ist die Familie gezwungen, den Lärm und die rassistischen Beleidigungen nachzuweisen. Durch ihre immense Kraftanstrengung gelang es, eine Kündigung des rassistischen Nachbarn zu erwirken. Bis zu einer eventuellen Durchsetzung selbiger hält der Terror aber weiter an.

Die veränderte Schwerpunktsetzung extrem rechter Straßenmobilisierung führt jedoch nicht zu einer besseren Lebenssituation für die (potentiell) Betroffenen von rassistischer Gewalt. Rassistische „Botschaftstaten“ belasten die (potentiell) Betroffenen besonders stark. Denn in Verbindung mit den migrationsfeindlichen öffentlichen Diskursen, die Migrant:innen pauschal als gefährlich und kriminell darstellen, sowie mit den durch die Correctiv-Recherche öffentlich gewordenen Deportationsplänen extrem rechter Akteur:innen, wird ihnen der Eindruck vermittelt, dass die Ziele der Täter:innen von einem erheblichen Teil der Gesellschaft mitgetragen werden.

Von rassistischer Gewalt betroffene Familien, die bereits lange in Brandenburg leben, beruflich etabliert sind und sich selbst als „gut integriert“ beschreiben, reagieren mit starker Verunsicherung auf die migrationsfeindliche Stimmung. Aus Angst, negativ aufzufallen oder „Ärger“ zu provozieren, verzichten sie oft bewusst auf ihre Rechte – beispielsweise, indem sie nach rechten Gewalttaten keine Anzeige bei der Polizei erstatten.

Besonders vulnerabel sind geflüchtete Menschen: Sie verfügen häufig nur über ein geringes Einkommen, leben in prekären Wohnverhältnissen und haben mit Sprachbarrieren zu kämpfen. Diese Bedingungen erschweren es ihnen erheblich, die Tatfolgen zu verarbeiten und ihre Opferrechte eigenständig wahrzunehmen.

Ein Mann aus Kamerun wurde im August in Potsdam bei einem Angriff mit einem PKW schwer verletzt. Er traute sich nicht, die Polizei zu informieren. Erst als die Verletzungsfolgen unerträglich wurden und er sich in medizinische Behandlung begab, konnte er sich dazu durchringen, Strafanzeige zu stellen.

Die Möglichkeiten der Betroffenen, erlebte Angriffe zu verarbeiten, haben sich im vergangenen Jahr weiter verschlechtert. Behörden und Institutionen, z. B. Schulen oder Wohnungsunternehmen, sind häufig nicht auf einen adäquaten Umgang mit Betroffenen rassistischer Gewalt vorbereitet. Diese Situation verschärft sich durch einen Rückbau sozialer Infrastruktur. Dass Unterstützungsstrukturen im Feld Migration und Integration aufgrund mangelnder Finanzierung eingestellt werden müssen und psychologische Hilfsangebote nur stockend ausgebaut werden, trifft diese Gruppe besonders schwer.

Angriffe auf die LGBTIQ*-Community

Die queere Community in Brandenburg setzt sich selbstbewusst für ihre Rechte und gegen Diskriminierung ein. Sie organisiert sich zunehmend auch in kleineren Orten. So fand 2024 im Land Brandenburg eine neue Höchstzahl an CSD-Demonstrationen statt. Auf die zunehmende Sichtbarkeit von queerem Leben reagierte das extrem rechte Spektrum wie bereits im Vorjahr mit Anfeindungen, Diffamierungen und Gewalt, insbesondere im Kontext der CSD-Demonstrationen. Insgesamt 17 Übergriffe wurden durch die Opferperspektive erfasst. Die Bandbreite der Gewalt reichte von Drohungen gegen Organisator:innen im Vorfeld bis hin zu Angriffen mit Steinwürfen während der Veranstaltungen.

Im Anschluss an den CSD in Oranienburg im September versuchten Rechte, den Lautsprecherwagen der Demonstration von der Straße abzudrängen. Eine Person, die an der Demonstration teilgenommen hatte, wurde nach einer Aftershow-Party aus einer Gruppe heraus angegriffen, vom Fahrrad gezogen und geschlagen.

2024 war in Brandenburg erstmalig zu beobachten, dass die rechte Szene bei CSD-Demonstrationen zu Gegenveranstaltungen mobilisierte. Dies ist ein klares Anzeichen dafür, dass die queerfeindliche Ideologie zunehmend Bedeutung im rechten Milieu erlangt hat. Aber auch jenseits solcher Veranstaltungen kam es zu Angriffen auf als queer wahrgenommene Personen.

Im April wurde in Cottbus ein Student aufgrund seiner sexuellen Orientierung beleidigt, bedrängt und ins Gesicht geschlagen. Die Tat wurde im Anschluss an eine öffentliche Feier von einer Gruppe junger Rechter verübt. Auch ein Freund des Betroffenen wurde von der Gruppe körperlich angegriffen.

Unterhalb der Gewaltschwelle registrierte die Opferperspektive zudem eine Vielzahl von Sachbeschädigungen, die sich gegen queere Anlaufstellen oder Symbole wie etwa die Pride-Fahnen richteten.

Im Jahr 2024 meldete das Regenbogenkombinat in Cottbus 18 entwendete und beschädigte Pride-Fahnen. Teilweise wurden die Fahnen auch mit Hakenkreuzen oder der Aufschrift „AfD“ beschmiert oder es wurde versucht, die Fahnen in Brand zu setzen.

Bei der LGBTIQ*-Community in Brandenburg sorgt nicht nur für Verunsicherung, dass sich Angriffe aus der rechten Szene mehren, sondern auch, dass etablierte Akteur:innen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik lang erkämpfte Maßnahmen zur Gleichstellung nun wieder in Frage stellen, etwa mit Kampagnen gegen gendergerechte Sprache.

Sozialdarwinistische Gewalt in Templin

In der Statistik der Opferperspektive für 2024 finden sich 6 sozialdarwinistisch motivierte Gewalttaten in Templin. Dabei handelt es sich um eine Reihe zusammenhängender Taten, in denen der Täter einen anderen Menschen über Monate demütigte und quälte. Um ihn psychisch zu brechen, wurde der Betroffene unter anderem gezwungen, wie ein Hund zu bellen und den Hitlergruß zu zeigen. Scheinhinrichtungen und der Versuch, Gliedmaßen mit einer Zange abzutrennen, stellten den Gipfelpunkt der Gewalt in diesem Tatkomplex dar. Der Täter bewegte sich in einer brutalisierten rechten Subkultur und betrachtete den Betroffenen als „minderwertig“.

Damit weist dieser Fallkomplex typische Anzeichen sozialdarwinistisch motivierter Verbrechen auf. Diese sind häufig von einem besonderen Sadismus gekennzeichnet: Die Täter:innen versuchen, die ideologisch vorgenommene Abwertung der betroffenen Person als „Untermensch“ in deren Körper einzuschreiben. Ihre Aggression richtet sich unmittelbar gegen den Körper der betroffenen Person, der zusätzlich noch symbolisch herabgewürdigt wird. Typisch ist eine sich steigende, lang andauernde Tatdynamik: Die betroffene Person wird immer wieder gequält und misshandelt, was die Täter:innen als Belustigung empfinden.

Die Mehrzahl aller rechten Tötungsdelikte in Brandenburg in den 1990er und 2000er Jahren war sozialdarwinistisch motiviert.

Sozialdarwinistische Gewalt ist schwer erfassbar, da sich die Betroffenen selten an Beratungsstellen wenden. Insbesondere für von Armut und Wohnungslosigkeit betroffene Menschen existieren kaum selbstorganisierte Betroffenenvertretungen.

Bemerkenswert ist der staatliche Umgang mit den Templiner Taten. Seitens der Brandenburger Polizei besteht seit einigen Jahren ein durchaus hohes Maß an Sensibilität für sozialdarwinistische Tatmotivationen – vermutlich auch als Resultat der Überprüfung rechtsmotivierter Tötungsdelikte aus den Jahren 1990-2008, die 2012 im Auftrag des Brandenburger Innenministeriums erfolgte. Die Templiner Taten wurden dementsprechend von der Polizei als politisch motivierte Gewalt eingestuft.

Das Landgericht Neuruppin hingegen, vor dem die Fälle verhandelt wurden, zeigte kein Interesse an einer Untersuchung der den Gewalttaten zugrunde liegenden Tatmotivation. Stattdessen wurde die Durchführung des Verfahrens von prozessökonomischen Erwägungen bestimmt, mit dem Ziel, in möglichst wenigen Verhandlungstagen zu einem Abschluss zu kommen. Das führte zu extrem langen Verhandlungstagen, die den Betroffenen stark belasteten. Anzeichen psychischer Überforderung wurden ihm als Unwille zur Kooperation mit dem Gericht ausgelegt und er wurde mehrmals in rüdem Ton zurechtgewiesen und aufgefordert, seinen Beitrag zur Beschleunigung des Verfahrens zu leisten. Empathie gegenüber seinem Leid erfuhr der Betroffene in dem Verfahren nicht.

Entschiedenenes Handeln gegen Eskalation rechter Gewalt erforderlich

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Das zweite Jahr in Folge zählt die Opferperspektive über 200 rechte Gewalttaten in Brandenburg. Die Warnungen der Opferperspektive vor einer rechten Hegemonie und zunehmender rechter Gewalt haben sich weitestgehend bestätigt. Somit befinden sich das Land und vor allem die Betroffenen rechter Gewalt in einer ähnlichen Situation wie in den Jahren 2015 und 2016, als die Beratungsstelle eine Eskalation rechter und rassistischer Gewalt konstatierte.

Diese Entwicklung erfordert eine **umgehende und entschiedene gesellschaftliche wie politische Reaktion**. Noch sind die 1990er Jahre mit ihren alltäglichen Gewaltexzessen nicht wieder zurückgekehrt und die Bedrohungslage für potentiell Betroffene ist noch nicht vergleichbar. Doch im Gegensatz zu damals verfügt die extreme Rechte aktuell mit der AfD über einen parlamentarischen Arm, der mit weit größerer Macht und Reichweite in die Parlamente und die Gesellschaft hineinwirkt. Insofern ist die aktuelle Situation für (potentiell) Betroffene, die Zivilgesellschaft und die Demokratie gefährlicher denn je.

Die Politik ist nun gefordert, rassistische, migrations- und demokratiefeindliche Positionen nicht länger zu legitimieren, sondern ihnen klare Grenzen zu setzen. Anstatt, wie die Bundestagsfraktion der CDU, mit kleinen Anfragen zu Akteur:innen der Zivilgesellschaft Narrative der extremen Rechten zu reproduzieren, muss Bundes- wie Landespolitik **der demokratischen Zivilgesellschaft den Rücken stärken** und – zuallererst – für den **Schutz und die Rechte aller Betroffenen** von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sorgen.

Gleichzeitig sind **Demokratieprojekte und Beratungsstellen** durch fehlende öffentliche Förderung in ihrer Existenz bedroht. Diese Strukturen sind essenziell, um die zunehmende rechte Dominanz – besonders in ländlichen Regionen – zurückzudrängen. Ein entscheidender Schritt wäre die **Verabschiedung eines Demokratiefördergesetzes auf Bundesebene**, um diese Projekte langfristig abzusichern.

Gerade in einer Zeit, in der sich eine extrem rechte Jugendkultur verfestigt und radikalisiert, braucht es zum einen entschiedenes Handeln von Polizei und Justiz im Falle von Straftaten. Zum anderen müssen Gegenangebote für nicht-rechte Jugendliche geschaffen werden. Anstatt bei der Jugendhilfe zu kürzen, braucht es eine **Stärkung von Jugendclubs, Sozialarbeit und alternativen Freizeitangeboten**. Nur so können junge Menschen vor dem Abdriften in die rechte Szene bewahrt und eine mögliche Eskalation verhindert werden.

Die aktuelle Situation, in der eine weitere Eskalation rechter Gewalt zu befürchten ist, erfordert ein **koordiniertes staatliches Vorgehen gegen rechte Gewalt** sowie eine umfassende **Förderung der Zivilgesellschaft**. Dazu gehören eine Rückbesinnung auf den vor Jahrzehnten eingeschlagenen „Brandenburger Weg“ und eine Verstärkung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Das bedeutet: eine konsequente Strafverfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft sowie ein Ausbau der Unterstützung für alle zivilgesellschaftlichen Kräfte, die sich im Land gegen die extreme Rechte und für eine vielfältige Gesellschaft engagieren.